

Warum schweigt der Bundespräsident?

Der Kampf gegen Sexismus, Rassismus, Homophobie und Antifeminismus – genauer gesagt, gegen das, was dazu erklärt wird – hat die rote Linie überschritten

Der Mob marschiert nicht mehr, er agitiert. Jeden Tag, fast überall in Deutschland, besonders in den Großstädten. Es ist ein Mob, der durch alle Schichten geht, der von ganz oben bis ganz unten reicht und von »meinungsbildenden« Intellektuellen angeführt wird, die bekanntlich weder Putzfrauen oder Friseurinnen noch LKW-Fahrer oder Waldarbeiter sind. Ein Mob, der von den Medien und von zahlreichen staatlichen bis halbstaatlichen Institutionen motiviert und angefeuert, ja, gewollt und bestellt wird. Dieser Mob agitiert mit ansteigender Aggressivität. Natürlich ist er gegen Pogrome, aber bei näherem Hinsehen ist er nur gegen Pogrome, die nicht in seinem Sinne wirken, denn andere begrüßt er mit erstaunlicher Offenheit. Er ist dafür, daß Leute mit abweichenden Meinungen ausgegrenzt, mundtot gemacht und verfolgt werden, sobald sie dem eigenen ideologischen Vormarsch im Wege stehen. Wenn diese Anderen als Feinde von Frauen, Ausländern, Schwulen, Lesben oder ADHS-Erkrankten identifiziert werden. Obwohl, bei den Ausländern kommt es ein bißchen auf ihre Religion an. Und auf ihre Ideologie. Christen anzugreifen ist nicht so schlimm wie Muslime. Und »rechte« Ausländer verdienen natürlich auch keine Schonung. »Rechte« zu outen, zu diffamieren, ihnen ihre Existenzgrundlage zu entziehen und sie tätlich anzugreifen, ist besser, als es nicht zu tun. Der Mob ist prinzipiell in Pogromstimmung gegen alle Leute, die ihm nicht in den Kram passen. »WTF« (für What the fuck!), heißt es im Internet, sobald es von den Feinden der eigenen Gesinnung ein neues Lebenszeichen gibt.

Die Bürgerkriegsstimmung, in die sich dieser Mob in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern hineinsteigert, schreit nach einem befriedenden Wort der jeweiligen Staatsoberhäupter, aber auf dieses Wort werden wir nach Lage der Dinge vergeblich warten. Statt dafür zu sorgen, daß die Bürger sich vertragen, statt den täglich eskalierenden Kampf um Abtreibung, Einwanderung, Homosexuellenrechte, Genderismus, Feminismus, künstliche Befruchtung und was da sonst noch alles kommen mag wenigstens zu dämpfen, beteiligen sich auch die obersten Repräsentanten der europäischen Völker am Kampf gegen deren Zukunft. Präsidentengattin Wulff brachte pressewirksam vorpubertäre Schulkinder mit Dildos in Kontakt, und Bundespräsident Gauck boykottiert jetzt die Olympischen Winterspiele in Sotschi. Warum? Vermutlich, weil Rußland es wagt, anders zu sein als Deutschland. Weil die ganze Welt so werden soll wie Westeuropa und Nordamerika – mit sinkenden Geburtenraten, mit sozialer Atomisierung, mit Dekadenz und Verblödung, mit religiöser Taubstummheit, mit ultrasozialistischem Regelungswahn und sinnlos explodierendem Konsum auf Pump. Rußland schließt eine lächerliche Gesetzeslücke im Kampf gegen jugendgefährdende Pornographie entsprechend den auch im Westen üblichen Altersgrenzen und verhindert neben der heterosexuellen auch die homosexuelle Pornographie für bestimmte Altersgruppen zu bestimmten Tageszeiten. Und was tut der fortschrittliche Westen? Er schreit auf gegen »Homophobie« und beschimpft »Zar Putin«, der sich nicht mit dem zum »Wandel« umgelogenen demographischen Niedergang abfinden will, als den finstersten Reaktionär aller Zeiten. Der Westen kann nicht einmal zwischen Homosexualität und Homosexuellen unterscheiden, zwanghaft muß er aber die zartesten Bedenken gegen die Sache selbst in einen Angriff auf die von ihr betroffenen Personen umdeuten. Und den Rest der Welt glaubt diese dumme Meute, die unsere eigene ist, eines Besseren belehren zu müssen.

Die EU zahlt 6.000 Euro Prämie für einen einzigen integrierten Flüchtling. Für europäische Kinder zahlt sie natürlich keine 6.000 Euro. Die wenigen Kinder, die in Zeiten der Pille

überhaupt noch geboren werden könnten, versucht sie vielmehr mit einem »Menschenrecht auf Abtreibung«, mit frühkindlicher Sexualerziehung (s.o.), vor allem aber mit einer flächendeckenden Propaganda für Promiskuität und Homosexualität (siehe »Estrela-Bericht«) zu verhindern. Das Geschrei, daß es in den Medien gäbe, wenn etwa 6.000 Euro für jedes neugeborene deutsche, spanische oder französische Kind gezahlt würden, wovon wir natürlich nur träumen können, kann sich inzwischen jeder vorstellen, der noch weiß, daß eine Familie aus Mama, Papa, Kind besteht und daß sie etwas Schönes ist trotz mancher Ausreißer, die bekanntlich überall vorkommen, wo es noch richtige Menschen gibt und nicht nur Maschinen, Fachidioten und größtenwahnsinnige Weltverbesserer wie die frühere Ministerin Zypries, die allen Ernstes glaubt, daß der säkulare Staat kein Schicksal mehr kenne. Viel eher könnte sie glauben, daß die Welt eine Scheibe ist, denn das würde wenigstens einer gewissen Anschauung entsprechen, während ihre narzißtische Anmaßung, mit einer Handvoll Erfindungen und Gesetzesmaßnahmen das Schicksal ausknipsen zu können, jeglicher Anbindung ans wirkliche menschliche Leben auch in der Spätmoderne vollständig entbehrt.

Wenn Jürgen Elsässer in Leipzig eine Konferenz abhält, die den Titel trägt »Für die Zukunft der Familie! Werden Europas Völker abgeschafft?«, dann wird den angekündigten Podiumsgästen Peter Scholl-Latour und Eva Herman von den Gegnern dieser Veranstaltung so lange eingeheizt, bis sie ihre Teilnahme absagen. Die Gegendemonstranten versuchten mit Parolen wie »Eure Familie kotzt uns an« die Halle zu stürmen und trommelten gegen deren Metallwände, ohne daß die Polizei sie daran gehindert hätte. Die russische Rednerin Jelena Misulina, die auf ihrem Weg zur Veranstaltung von den Demonstranten sogar getreten wurde, stellte nüchtern fest, daß diese intoleranten, aggressiven und gut organisierten Leute nicht mehr die schwachen Schwulenvertreter von früher seien und man sie deshalb auch nicht mehr in Schutz nehmen müsse. Der Schwulenaktivist Wanja Kilber stürmte später in der Halle auf die Bühne und warf Misulina vor, das Blut von homosexuellen oder transsexuellen Jugendlichen, die angeblich getötet wurden oder Selbstmord begingen, an ihren Händen zu haben. Damit ist klar, auf welche Ebene die Gegendemonstranten die Auseinandersetzung heben wollen. Es geht ihnen um Blut, um Leben und Tod. Thilo Sarrazins Wohnhaus wurde mit Farbbeuteln beworfen, weil er sich nicht hatte einschüchtern und von seinem Auftritt in Leipzig nicht hatte abbringen lassen, und der Berliner Tagesspiegel kommentierte den Angriff auf das Haus des verdienstvollen früheren Senators im Hinblick auf seine Teilnahme an der »homophoben« Veranstaltung mit unverhohlenem Verständnis, als ob die Beschädigung seines Hauses nicht nur erlaubt, sondern geradezu geboten wäre.

Mit dieser Haltung ist der Tagesspiegel nicht allein. Die Gewalt, gegen die man täglich predigt, wird zugleich sehlich erwartet, wenn sie sich denn nur gegen Deutsche und nicht gegen Ausländer richtet. Die neuen Barbaren sind nicht etwa jene aggressiven »Menschen mit Migrationshintergrund«, denen die Zivilgesellschaft deutschfeindliche Freifahrtscheine ausgestellt hat, sondern jene, die uns, die eigenen Leute, ans Messer liefern und jeden Verteidigungsimpuls als »rechts« zu verunglimpfen und im Keim zu ersticken versuchen. Wenn unsere öffentlich wirkenden Intellektuellen über die von ihnen lizenzierten Angreifer schreiben, »sie sind jung, mutig, mobil, hungrig, risikobereit, initiativ«, wie es ebenfalls im Tagesspiegel über Jugendbanden hieß, die in den Berliner U-Bahnen über wehrlose Einzelpersonen herfallen, und dann fortfahren: »Solche Menschen braucht das Land [...]. Lieber ein paar junge, ausländische Intensivtäter als ein Heer von alten, intensiv passiven Eingeborenen«, dann sind unsere scharfrichterlich ambitionierten Medienintellektuellen, die sich vor lauter sadomasochistischen Zerstörungsfantasien nicht mehr einkriegen, solange sie ihnen nicht persönlich erliegen müssen, dann sind diese Medienleute und nicht unsere verirrtten und zur Lynchjustiz herzlich eingeladenen jungen »Menschen mit Migrationshintergrund« die neuen Barbaren.

Der Mord von Kirchweyhe wurde, das ist in solchen Fällen längst üblich, mit einem noch intensiveren »Kampf gegen rechts« beantwortet, und damit waren die Täter von vornherein entschuldigt. Logisch, daß wir unsere Gerichte nicht zur Bestrafung von Morden an Deutschen brauchen, die von Geburt rechts sind es nicht besser verdient haben. Diese Deutschen sind aber seltsamerweise immer nur die anderen. Noch hat kein Deutscher mit dem Finger auf sich selbst gezeigt, jedenfalls, keiner, der sich in diesen Fragen Autorität anmaßt und irgendwas mit Medien macht. Eine Frankfurter Juristin namens Ute Sacksofsky phantasierte jüngst in einem unserer einst vornehmsten Organe, in der Zeitschrift Merkur, darüber, daß das Aussterben der Deutschen ja gar nicht so schlimm wäre, weil dann ihr Territorium anderen überlassen oder der Natur zurückgegeben werden könnte. Der deutsche Staat dürfe im Rahmen seines »Neutralitätsgebotes« keine positive Bevölkerungspolitik betreiben. Der Beitrag von Frau Professor strotzte nur so vor Neid auf die schmalen finanziellen Vergünstigungen, die andere Leute für ihre Kinder bekommen. Die Autorin hat selbst offenbar keine und kann daher die Deutschen umso hemmungsloser in die Tonne treten, diese seltsamen Menschen dritter Klasse, die nach zwei Weltkriegen ärgerlicherweise immer noch nicht von der Bildfläche verschwunden sind, aber von jetzt an ganz Europa finanzieren sollen.

So, nun haben wir den notwendigen Rahmen abgesteckt, der uns hilft, das Folgende besser einzuordnen. An der Ruhr-Universität Bochum sprengen linksradikale Studenten in Weihnachtsmannkostümen eine juristische Vorlesung, um einen »rechten« Studenten zu outen, und schlagen in dem dabei entstehenden Tumult dem Professor ins Gesicht, der sie des Saales verweisen will. Eine Webseite wie »Macker Massaker« darf ohne jede staatliche Gegenmaßnahme erstens ihren zu brutaler Gewalt aufrufenden Namen tragen und zweitens wie im vergangenen Jahr in Düsseldorf die Parole »Männerkongreß unmöglich machen« ausgeben, so daß Kriminalpolizei und Staatsschutz die Veranstalter desselben vor gewaltsamen Übergriffen warnen, und das alles, weil auf diesem Kongreß Gerhard Amendt sprechen sollte, der ehemalige Leiter des Instituts für Geschlechter- und Generationenforschung an der Universität Bremen, der jüdischer Abstammung ist. Amendt, ein untadeliger und international angesehener Wissenschaftler, Autor der Edition Sonderwege, unterscheidet nicht nur zwischen Frauenwohl und Feminismus, sondern auch zwischen Frauenwohl und Frauenquote, aber das allein macht ihn für die an deutschen Universitäten tonangebenden Radikalfeministen zum Objekt ihres so sinnlosen wie kostenintensiven Vernichtungsfeldzuges. Die Universität Düsseldorf ließ sich ausnahmsweise nicht einschüchtern. Anders ging die Universität Trier im Jahre 2011 mit dem israelischen Militärhistoriker Martin van Creveld, ebenfalls ein Jude, um. Auf Druck von mehr als einem Dutzend studentischer Hochschulgruppen wurde er als Visiting Fellow des Historisch-Kulturwissenschaftlichen Forschungszentrums entlassen, nachdem seine Thesen in einem Protestbrief als »frauenfeindlich, militaristisch, latent antiisraelisch, nicht zuletzt vulgärwissenschaftlich und methodisch primitiv« gebrandmarkt worden waren.

Dieses unsägliche Spiel, das der Freiheit von Forschung und Wissenschaft ebenso hohnspricht wie der besonderen Pietät, die wir uns dem jüdischen Volk gegenüber angeblich angewöhnt haben, wiederholte sich jüngst an der Technischen Universität Berlin. Die Fachschaft der TU hatte in Zusammenarbeit mit der Fakultät Wirtschaft und Management eine Veranstaltung mit Kurzvorträgen und Podiumsdiskussion zum Thema »Zwischen Gleichberechtigung und Gleichmacherei – brauchen wir eine gesetzliche Frauenquote?« anberaumt. Eingeladen waren Thomas Sattelberger, ehemaliger Vorstand der Deutschen Telekom, Erik Marquardt, Mitglied der Kuratoriums der TU Berlin, Florian Schilling, Partner bei Board Consultants International, und Johannes Schneider, Tagesspiegel-Redakteur. Mit Gerhard Amendt und

Bernhard Lassahn waren darüber hinaus zwei Autoren der Edition Sonderwege angekündigt. Lassahn ist ein durch und durch freundlicher Mann, dem irgendwann, nachdem er Vater geworden war, auffiel, daß beim Umgang unserer Gesellschaft mit Kindern und Familie mehr schief läuft, als er für möglich gehalten hätte. Lassahn kritisiert im Interesse der Institution Familie den offenen Krieg zwischen Mann und Frau, den nicht etwa die Männer vom Zaun gebrochen haben, sondern radikalfeministische Frauen mit beliebig starker Unterstützung von interessierter Seite.

Der »Blog der Marxistisch-Luhmannistischen Bildungsbrigade« aber schrieb, da sei mit dem angekündigten Podiumsgespräch an der TU Berlin »eine unglaubliche Kackscheiße im Anrollen«, gegen die man rechtzeitig mobilisieren müsse, damit diese »antifeministen und maskulisten übelster Sorte« gar nicht erst zu Wort kommen: »die Moderation übernimmt ein blässlicher (!) Typ mit wichtig klingendem Namen.« Aufgefordert wurde zum Vorbeikommen und Pöbeln. Kreativ sollte der Protest abgehen, gern auch unter Einfluß alkoholischer Lockerungsmittel. Das ist das Niveau, das heute ausreicht, um eine Hochschulveranstaltung zu sprengen, deren Initiatoren nach der klaren Ansage kleinlaut den Rückzug antraten. Kleinlaut gegenüber den pöbelnden Kommilitonen, soweit die überhaupt studieren, und aufrecht-entschieden natürlich nur gegenüber ihrem Gast Gerhard Amendt, den sie kurzerhand ausluden.

Die wegen Amendts Einladung angefeindete Fachschaft übte sich auf Facebook in der gewünschten Selbstgeißelung. »Was haben wir falsch gemacht?«, heißt es dort. »Wir bedanken uns für die Kritik und haben daraus gelernt. [...] Dass viele Menschen die Einladung eines solchen Herrn als Beleidigung aufnehmen könnten, war uns nicht bewusst. Dort haben Weitsicht und Feingefühl unsererseits gefehlt. Darüber haben wir noch einmal viel diskutiert und unseren Ansatz überdacht. Wir sehen ein, dass es falsch war, einem Redner mit solch radikalen Einstellungen eine Bühne zu bieten, und haben Prof. Amendt daher eingeladen.« Amendt schrieb seinerseits an die Fachschaft folgenden Brief, den er auch dem Präsidenten der TU zur Kenntnis gab:

»Meine Ausladung [...] ist als respektvoller Versuch angelegt, mein Einverständnis dafür zu erlangen, dass meine Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Wissenschaftsfreiheit suspendiert wurden. Allerdings steht es nicht meinem Belieben, so etwas hinzunehmen, so wenig es in Ihrem steht, sich dem inneruniversitären Druck, den anonymen Drohungen aus dem Internet wie Teilen der Berliner Szene zu unterwerfen, die Beschneidung von Freiheitsrechten immer dann fordern, wenn Geschlechterbeziehungen jenseits von Platitiden und Feindbildern erörtert werden sollen.

Bedauerlicherweise beugt sich auch die Leitung der TU diesem Druck, statt dem Verhalten des Rektorats der Heinrich-Heine-Universität von 2008 und 2010 zu folgen, der unerschrocken zweimal Randalierwillige und Diskussionsverweigerer mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen in die Schranken des Rechtsstaates verwiesen hat. Und es dürfte abermals die Berliner Gleichstellungsbürokratie sein, die diesmal ein Drohszenarium vor Ort ausgebreitet hat. Nochmals: Weder darf ich Ihnen die Verletzung meiner Grundrechte nachsehen, noch haben Sie oder die Universität ein Recht, solche Verletzungen hinzunehmen.

Außerdem ist nicht nachvollziehbar, warum meine Quotenkritik zurückgewiesen wird. Kritisiere ich doch, dass die Quote Frauen ausnahmslos neuerlich dem traditionsreichen Verdacht aussetzt, dass sie es außerhalb der Familie allein nicht schaffen, sondern ein fördernder Ehemann oder staatliche Hilfe vonnöten seien, damit sie es schaffen. Das habe ich in einer kleinen Schrift unter dem Titel: Frauenquoten-Quotenfrauen. Einem geschenkt

Gaul ... dargestellt. Wahrscheinlich hat keiner der Kritiker das gelesen. Und entgangen scheint diesen ebenso, dass in Wien Medizinstudentinnen sich bereits gegen staatliche Bevorzugung wehren, weil sie keine Frau Dr. med. quote von Staats wegen werden wollten.

Mehr als das scheinen die diskussionsunwilligen Gegner mir aber nachzutragen, dass ich 2009 mich gegen Frauenhäuser aussprach. Allerdings unterschlagen sie, dass ich stattdessen für Zentren für Familien mit Gewaltproblemen plädiert habe, die allen Familienmitgliedern professionelle Hilfe jenseits von politischen Ideologien leisten. Wer auf Feindbilder verzichten und sich mit meinen Analysen der Geschlechterverhältnisse auseinandersetzen will, dem empfehle ich Von Höllenhunden und Himmelswesen (November 2013). Es ist ein Plädoyer für eine neue Geschlechterdebatte, die auf Diskussion beruht und fremde Meinungen ertragen kann. Für den Abschied von Klischees über Gewalt in Geschlechterbeziehungen eignet sich auch das 2014 erscheinende aus dem Englischen übersetzte Handbuch über Familiäre Gewalt und Interventionen.

Völlig unverständlich ist mir, wie angehende Akademiker sich von ›Meinungen‹ beleidigt fühlen können. Die Universität beruht gerade darauf, dass selbstverständlich Erscheinendes auf unhinterfragte Voraussetzungen reflektiert wird. Wer das nicht als privilegierte Chance für neue Erfahrungen erlebt, sondern sich davon beleidigt fühlt, der verkennt das Wesen der kritischen Analyse. Der sollte die Universität verlassen, denn anders wird er seine festgefahrenen Ansichten vor dem Einbruch fremder Perspektiven nicht schützen können.

Sie hoffen in Ihrer Email, dass ich ›ihre Lage nachvollziehen‹ kann. Gewiss, aber ich messe Sie an ihrem politischen Verhalten. So mutig Ihr Unterfangen anfangs war, so haben Sie vergessen, dass Grundrechte wieder im Alltag auch kämpferisch bestätigt werden müssen.

Bitte veranlassen Sie, dass innerhalb der TU und den sozialen Netzwerken, sowie Personen und Organisationen dieses Schreiben zur Verfügung steht. Selbstverständlich werde auch ich diesen außergewöhnlichen Vorgang der Öffentlichkeit und der Presse in geeigneter Weise zur Kenntnis bringen. Ebenso bitte ich Sie, mein Schreiben den verbliebenen Podiumsmitgliedern umgehend zur Verfügung zu stellen. Denn wahrscheinlich wollen weder der Schriftsteller, Bernhard Lassahn, der Redakteur des Tagesspiegel, Johannes Schneider, Dr. F. Schilling, Partner bei Board Consultants International, noch Thomas Sattelberger, ehemaliger Vorstand Deutsche Telekom, an einem durch Zensur ausgedünnten Panel sich beteiligen.

Es ist bedrückendes Symptom, dass alle Welt dieser Tage über die Frauenquote spricht, dass aber ausgerechnet an der TU Berlin, Genderforscher und Frauenbeauftragte eine von Studenten initiierte Debatte abwürgen, ohne dass die Universität sich geschlossen gegen die Verletzung der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit stellt?

Mit besten Grüßen – Prof. Dr. Gerhard Amendt«

Herr Marquardt vom Kuratorium sagte ab, weil Amendt ein »übermäßiges Geltungsbedürfnis [...] auf dem Rücken der Opfer von Rassismus, Sexismus und häuslicher Gewalt« auslebe. Als Amendt eingeladen war, wandte sich der Mob gegen Bernhard Lassahn, der angeblich den Frauen ihr Selbstbestimmungsrecht abspräche – ein frei erfundener Vorwurf. Lassahn sagte aus Protest gegen die Behandlung von Amendt ab. Die Veranstaltung fand nicht statt. Es gibt viele ernstzunehmende Leute, die längst gemerkt haben, was los ist, so zum Beispiel den Bischof von Chur, der dieser Tage sagte: »Mit großer Sorge sieht die Kirche, dass in öffentlichen Diskussionen und in den Medien mehr und mehr nur noch die Argumente des Genderismus toleriert werden. Wer anders denkt, wird gesellschaftlich ausgegrenzt und muss

mit juristischen Sanktionen rechnen. Auf diese Weise werden die Grundrechte des Menschen bezüglich Religion und freier Meinungsäußerung zunehmend beschnitten.«

Aus dem Schloß Bellevue aber dringt kein Mucks. Der Bundespräsident, zu dessen vornehmsten Aufgaben es gehört, dafür zu sorgen, daß, wenn schon nicht die Deutschen, dann wenigstens die »Menschen in Deutschland« ein Wohlergehen haben, daß sie sich schlicht und einfach vertragen und ihr Grundrecht auf freie Meinungsäußerung uneingeschränkt ausüben können, dieser Bundespräsident schweigt, obwohl es längst um unsere Existenz geht, um Kinder, Familien und Zukunft. Das Schweigen des Bundespräsidenten läßt nichts Gutes ahnen

12. Dezember 2013

Quelle:

<http://www.die-entdeckung-des-eigenen.de/2013/12/12/warum-schweigt-der-bundespraesident/>